Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/655

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

39. Sitzung des Deutschen Bundestages am Dienstag, dem 9. Oktober 1962

40. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 11. Oktober 1962

41. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 12. Oktober 1962

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

I. 1. Abgeordneter **Seuffert** *)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von deutschen Geschäftsfirmen durch das Generalsekretariat der Liga der arabischen Staaten, Zentralbüro für den Boycott von Israel, Damaskus, Erklärungen über Beteiligungen in Israel oder Kredite, die nach Israel gegeben oder vermittelt wurden, verlangt werden mit der Androhung, gegebenenfalls diese Firmen auf eine Schwarze Liste für die arabischen Staaten zu setzen?

I. 2. Abgeordneter **Dr. Mommer** *)

Was tut die Bundesregierung, um die in Spanien arbeitenden deutschen Arbeitnehmer von der dort erhobenen Gebühr für die jährlich zu erneuernde Arbeitsgenehmigung zu befreien, die bis zu 4 v.H. des Einkommens beträgt?

I. 3. Abgeordneter **Rollmann**

Wieviel Prozent der in der Bundesrepublik studierenden Studenten aus den Entwicklungsländern verlassen die Bundesrepublik wieder, ohne ihr Studium abgeschlossen zu haben?

I. 4. Abgeordneter **Liehr**

In welcher Weise fördert die Bundesregierung Studenten aus Entwicklungsländern, die ihr Studium im kommunistischen Machtbereich abbrechen und den Wunsch haben, im freien Teil Deutschlands zu studieren, auch in den Fällen, wo die Hochschulreife nicht nachgewiesen werden kann?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

Abgeordneter **Dr. Kohut**

Trifft es zu, daß Generalbundesanwalt Fränkel während seiner Tätigkeit bei der Reichsanwaltschaft bei den von ihm eingeleiteten Nichtigkeitsbeschwerden, die zur Verschär-

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

fung der Strafe geführt haben sollen, sich in zwei Fällen u. a. auf den Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen des damaligen Oberregierungsrates Dr. Globke bezogen haben soll?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

III. 1. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)** *)

Ist die Bundesregierung bereit, den Vorschlag des Vizepräsidenten des britischen Milchmarktamtes, James Jackson, eine internationale Konferenz über Milchwerbung und -verkäufe (Ziel: eine weltweite Werbekampagne) anläßlich der „Royal Dairy Show" in London abzuhalten, zu unterstützen und dabei aktiv mitzuwirken?

III. 2. Abgeordneter **Ertl**

Warum wurde der Werkverkehr bei der Frachtsubvention in Höhe von 25 v. H. für Getreidefrachten nicht berücksichtigt?

III. 3. Abgeordneter **Ertl**

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um in Zukunft zu vermeiden, daß das Gemüse in großem Umfang durch die Erzeuger vernichtet wird, während die Verbraucher keine Möglichkeit haben, es zu niedrigen Preisen zu kaufen?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

Abgeordneter **Dr. Mommer** *)

Ist es richtig, daß der Herr Bundesverteidigungsminister bei der Landesgruppe der CSU in der Fraktion der CDU/CSU die Einbringung einer Kleinen Anfrage betreffend Auslieferung des deutschen Verräters Frenzel an die Tschechoslowakei angeregt und empfohlen hat, durch die ein bis dahin streng vertraulicher Vorgang einer größeren Anzahl von Abgeordneten ohne Vertraulichkeitsbeschränkung bekanntgegeben wurde und in die Öffentlichkeit gekommen ist?

V. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

Abgeordneter **Börner**

Ist die Bundesregierung bereit, auf die im Bundesbesitz befindliche Industrieverwaltungsgesellschaft in Bad Godesberg einzuwirken, um die Veräußerung der Siedlung Waldhof im Landkreis Kassel zu einem sozial vertretbaren Preis an die jetzigen Mieter durchzuführen?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Abgeordneter **Rollmann**

Was tut die Bundesregierung, um junge Deutsche mit abgeschlossener Berufsausbildung, die bereit sind, einige Jahre in den Entwicklungsländern zu arbeiten, dorthin zu vermitteln?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VII. 1. Abgeordneter **Sänger *)**

Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, im Bundesinnenministerium den für die Bearbeitung des Beamtenrechts zuständigen Staatssekretär, weil er die Altersgrenze überschritten hat, nun im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen, während andere in diesem Arbeitsgebiet erfahrene und bewährte Beamte jüngeren Alters für diese Aufgabe zur Verfügung standen?

VII. 2. Abgeordneter **Sänger *)**

Ist die Bundesregierung angesichts der sich häufenden Zusammenstöße von Polizei und Presse bereit, dem in der Bundesrepublik geltenden, von den Berufsverbänden der Presse geschaffenen einheitlichen Presseausweis durch Aufklärung der Polizeibeamten den erforderlichen Respekt zu verschaffen, den solche Ausweise und ihre Inhaber wegen der öffentlichen Aufgabe der Presse in allen demokratischen Ländern genießen?

VII. 3. Abgeordneter **Gscheidle *)**

Hält es die Bundesregierung für richtig, daß Ruhestandsbeamte mit Wohnsitz in Berlin (Ost) entsprechend § 156 BBG - als außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes wohnend - nur die Ortsklasse A mit dem Hinweis erhalten, daß „die gleiche Lage, wie sie für Ostberlin bestehe, sich auch für andere Großstädte, z. B. Dresden und Leipzig, ergebe"?

VII. 4. Abgeordneter **Ritzel *)**

Ist die Bundesregierung bereit, Dienstwagen des Bundes zur Unterbindung mißbräuchlicher Verwendung besonders zu kennzeichnen, etwa durch Anbringung des Bundeswappens an den Türen auf beiden Seiten des Wagens?

VII. 5. Abgeordneter **Bauer (Würzburg) *)**

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die finanzielle Mehrbelastung, die sich aus einer erweiterten Auslegung des § 181 des Bundesbeamtengesetzes daraus ergeben würde, daß diese verbesserte Sonderregelung von 1961 zugunsten der Beamtenhinterbliebenen nicht nur auf in der Kriegsgefangenschaft verstorbene Soldaten im engeren Sinn angewandt,

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

	sondern auch auf solche Beamte ausgedehnt wird, die im Zuge der damaligen Kriegshandlungen und ihrer Dienstausübung in Feindeshand gefallen und z. B. in der Internierung verstorben sind?
VII. 6. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Hält die Bundesregierung es nicht für zweckmäßig, die auf schwerbeschädigte Beamte und Bewerber der Eigenart des öffentlichen Dienstes entsprechend anzuwendenden Vorschriften des Schwerbeschädigtengesetzes in einem Rundschreiben zusammenzufassen, nachdem die Bundesregierung offensichtlich von der Ermächtigung in § 80 Nr. 2 BBG zum Erlaß einer Rechtsverordnung keinen Gebrauch machen will?
VII. 7. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Wann wird die Bundesregierung folgende im Bundesbeamtengesetz geforderte Verordnungen erlassen: a) Verordnung über die Nebentätigkeit der Beamten (§ 69 BBG), b) Verordnung über die der Eigenart des öffentlichen Dienstes entsprechende Anwendung der Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes auf Beamte unter achtzehn Jahren (§ 80 Nr. 3 BBG)?
VII. 8. Abgeordneter **Dröscher**	Trifft es zu, daß die Bundesmittel für den sogenannten „Goldenen Plan" noch nicht einmal dazu reichen, in jedem Landkreis pro Jahr ein Sportstättenprojekt zu fördern?
VII. 9. Abgeordneter **Felder**	Haben die Verhandlungen des Bundesinnenministeriums mit den Ländern dazu geführt, daß außer den seitherigen Trägern der Stiftung Preussischer Kulturbesitz (nämlich Bund, Baden-Württemberg, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein) weitere Bundesländer sich beteiligen?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VIII. 1. Abgeordneter **Gewandt**	Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Bundestag eine volle Rückvergütung der umsatzsteuerlichen Vorbelastung beim Schiffbau vorzuschlagen?
VIII. 2. Abgeordneter **Gewandt**	Warum hat die Bundesregierung einer Aufstockung der italienischen Schiffbausubventionen in den Gremien der EWG zugestimmt?
VIII. 3. Abgeordneter **Dr. Dörinkel*)**	Ist es nach Ansicht der Bundesregierung mit dem öffentlichen Interesse zu vereinbaren, daß Goldmünzen, die in der Vergangenheit als gesetzliches Zahlungsmittel dienten, nunmehr von privater Seite nachgeprägt und in den Handel gebracht werden?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

VIII.	4. Abgeordneter **Dr. Dörinkel*)**	Hat die Bundesregierung die Absicht — nachdem die Zulässigkeit der Nachprägung von einstmals als Zahlungsmittel dienenden Goldmünzen von den Gerichten unterschiedlich beurteilt worden ist — die Rechtsverhältnisse durch eine Gesetzesvorlage klären zu lassen?
VIII.	5. Abgeordneter **Fritsch**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Beamten des Bundesgrenzzolldienstes, insbesondere in Mittel- und Hochgebirgslagen, durch Kälte und sonstige ungünstige Witterungseinwirkungen in der Ausübung des Außendienstes deswegen besonders zu leiden haben, weil Schutzeinrichtungen (Schutzhütten) entlang der Grenzstreifen — im Gegensatz zu Österreich — nicht vorhanden sind?
VIII.	6. Abgeordneter **Fritsch**	Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der Gesunderhaltung der Beamten des Bundesgrenzzolldienstes die Errichtung von Schutzhütten mit Wärmemöglichkeit entlang der Grenzstreifen in einem Abstand von etwa 2 km — wie in Österreich üblich — anzuordnen?
VIII.	7. Abgeordneter **Dröscher**	Was hat die Bundesregierung bisher getan, um der weiteren Verseuchung des für viele tausend Menschen lebenswichtigen Quellschutzgebietes Königswald bei Idar-Oberstein, das infolge ständiger Inanspruchnahme durch Manövertruppen bereits teilweise ausgefallen ist, entgegenzuwirken?
VIII.	8. Abgeordneter **Dröscher**	Ist die Bundesregierung bereit, zu Lasten des Verteidigungshaushalts den Truppenübungsplatz-Randgemeinden und besonders belasteten Garnisonen eine Bundesverwaltungshilfe zur Abgeltung des erhöhten allgemeinen Verwaltungsaufwands, des Gewerbesteuerausfalls für bei militärischen Stellen beschäftigte Zivilpersonen und des erhöhten Aufwands für die Bereitstellung der kommunalen Straßen und Wege zu gewähren?
VIII.	9. Abgeordneter **Cramer**	Billigt die Bundesregierung die Entscheidung des Bundesfinanzministers vom 7. September 1962 — Gesch. Z. I B/2 - P 1617 - 43/62 —, wonach dem früheren Marineangestellten Bruno Goerth aus Uelzen die laufende Unterstützung für dienstunfähige Angestellte der ehemaligen Marinebetriebe abgelehnt wird, weil er die in den im Ministerialblatt des Bundesministers der Finanzen 1954 S. 514 veröffentlichten Richtlinien festgesetzte Frist von 2 Jahren nach Eintreten der Dienstunfähigkeit nicht eingehalten hat?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

IX. 1.	Abgeordneter **Wendelborn**	Hält es die Bundesregierung im Interesse der Verantwortung für die Ordnung innerhalb der Verkehrswirtschaft für notwendig, bald ein Mineralölfernleitungs-Gesetz vorzulegen?
IX. 2.	Abgeordneter **Jahn *)**	Wann beabsichtigt die Bundesregierung die Ergebnisse der Forschungsaufträge über Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung zu veröffentlichen, die nach Pressemitteilungen („METALL" vom 21. August 1962) von vier Forschungsinstituten erarbeitet worden sind?
IX. 3.	Abgeordneter **Dr. Atzenroth**	Ich frage den Herrn Bundeswirtschaftsminister, ob er die Erhöhung der Fahrpreise für die öffentlichen Verkehrsmittel bis zu 100 v.H. für weniger bedenklich hält als die Erhöhung der Automobilpreise.
IX. 4.	Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**	Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die rechtzeitige Versorgung der Bevölkerung mit Winterbrand zu sichern, nachdem seit einiger Zeit der Kohleneinzelhandel Hausbrandkohle teilweise erst nach einer Wartefrist von acht Wochen liefern kann?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

X. 1.	Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)**	Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, daß eine 77 jährige Person, die seit einiger Zeit Rente wegen Berufsunfähigkeit erhält, noch durch Vorlage besonderer ärztlicher Zeugnisse nachweisen muß, daß sie nicht nur berufsunfähig, sondern auch erwerbsunfähig ist?
X. 2.	Abgeordneter **Regling *)**	Ist die Auslegung der Außenstelle der Kindergeldkasse Lübeck richtig, die die Berechtigung zum Bezuge von Kindergeld für das 2. Kind für das Jahr 1962 ausschließt, weil durch die Mitarbeit der Ehefrau in der Zeit vom 1. Januar 1961 bis 31. März 1961 (Gesamtverdienst 161,16 DM) bei der Zusammenveranlagung das Jahreseinkommen des Berechtigten zwar um ein Geringfügiges die 7 200-DM-Grenze übersteigt, obwohl während neun Monaten des Jahres 1961 das monatliche Einkommen unter 600 DM blieb?
X. 3.	Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach) *)**	Wann ist mit der Herausgabe der angekündigten Richtlinien gemäß § 89 Abs. 2 BVG über die Gewährung von Härteausgleich bei Krebsfällen zu rechnen?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

X. 4. Abgeordneter **Folger *)**

Ist es richtig, daß zwischen Spanien und Deutschland ein Versorgungsvertrag abgeschlossen wurde, wonach spanische Verletzte und Hinterbliebene von Teilnehmern am Rußlandfeldzug die Grundrenten erhalten?

X. 5. Abgeordneter **Bauer (Würzburg) *)**

In welcher Höhe und für welche Zeitdauer veranschlagt die Bundesregierung die Zahlungen, die sie in einem Versorgungsvertrag mit der spanischen Regierung zugunsten von Verletzten und Hinterbliebenen aus dem Teilnehmerkreis am Rußlandfeldzug im Rahmen der sog. Blauen Division unlängst abgeschlossen hat?

X. 6. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Ist es richtig, daß bei der Beschäftigung von Rentnern, die bereits ein Ruhegeld beziehen, die Arbeitgeber auch weiterhin Rentenversicherungsbeiträge zahlen müssen, obwohl auf Grund dieser Versicherungsbeiträge niemals mehr eine Leistung des Versicherungsträgers an diesen Rentner erfolgt?

X. 7. Abgeordneter **Riedel (Frankfurt)**

Wann ist mit der Vorlage eines Regierungsentwurfs zu einem zweiten Kriegsopferversorgungs-Neuregelungsgesetz zu rechnen?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XI. 1. Abgeordneter **Sänger *)**

Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bundesbahn zu veranlassen, auf allen Bahnhöfen, vornehmlich dort, wo Fernschnellzüge halten, genügend viele und von allen Seiten mindestens aus dem haltenden Zug ohne Schwierigkeiten lesbare Schilder mit dem Namen der Stadt anzubringen, zu der der Bahnhof gehört?

XI. 2. Abgeordneter **Burckardt**

Teilt der Herr Bundesverkehrsminister die Auffassung, daß auf der Bundesautobahn Leverkusen-Kamen, die in unmittelbarer Nähe an Solingen vorbeiführt, Hinweistafeln auf die Abfahrt nach Solingen aufgestellt werden müssen?

XI. 3. Abgeordneter **Burckardt**

Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß auf der Autobahn Leverkusen-Kamen Hinweistafeln für weniger bedeutsame und nicht so viel besuchte Orte vorhanden sind, während das in bezug auf die in der ganzen Welt bekannte Stadt Solingen nicht der Fall ist?

XI. 4. Abgeordneter **Burckardt**

Ist der Herr Bundesverkehrsminister bereit, unverzüglich auf der Autobahn Leverkusen-Kamen die erforderlichen Hinweistafeln auf die Abfahrt nach Solingen aufstellen zu lassen?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XI.	5. Abgeordneter **Folger *)**	Ist die Behauptung eines Flugkapitäns in der Fachzeitschrift „Flugrevue" richtig, daß eine Lufthansa-Maschine in Hamburg nicht landen konnte und 69 Fluggäste die Nacht an einem anderen Ort verbringen mußten, weil der Radar-Spezialist seine sonntags eine halbe Stunde früher abfahrende letzte Straßenbahn noch hatte erreichen müssen, nachdem die Bundesanstalt für Flugsicherung nicht für eine Fahrgelegenheit gesorgt hatte?
XI.	6. Abgeordneter **Dr. Bechert *)**	Hat die Bundesregierung die Absicht, Sicherheitsgurte für die Vordersitze von Personenkraftwagen vorzuschreiben, wie das nach Pressemeldungen in Italien gesetzliche Vorschrift sein soll?
XI.	7. Abgeordneter **Ritzel *)**	Wie wirkt sich die von der Bundestagsmehrheit beschlossene Kürzung der ursprünglich vorgesehenen Haushaltsmittel für die Deutsche Bundesbahn im Rechnungsjahr 1962 aus?
XI.	8. Abgeordneter **Dr. Dörinkel**	Ist die Bundesregierung in der Lage, dem von Kraftfahrern häufig beklagten Mißstand abzuhelfen, daß auf den Bundesautobahnen durch die Vergußmasse, die aus den Längsfugen quillt, die Fahrsicherheit beeinträchtigt wird und daher insbesondere die Fahrzeuge beim Überholen und bei nassem Wetter ins Schleudern geraten?
XI.	9. Abgeordneter **Dr. Imle*)**	Welche Rechte stehen dem Bürger zu, wenn Verkehrsbeschränkungen für Kraftfahrzeuge, z. B. an Baustellen, an denen nach Dienstschluß oder über das Wochenende nicht gearbeitet wird, offensichtlich über das erforderliche Maß hinausgehen und damit Verkehrsbehinderungen bewirken?
XI.	10. **Abgeordneter Wächter**	Was hat die Bundesregierung veranlaßt, den Landkreis Wesermarsch (Land Niedersachsen) nicht in die Verordnung vom 7. August 1962 über die Anerkennung von Stadt- und Landkreisen nach § 6 a des Güterkraftverkehrsgesetzes aufzunehmen?
XI.	11. Abgeordneter **Spitzmüller*)**	Welche Folgen werden sich durch die für das Jahr 1963 in den Bundesländern vorgesehenen Termine der Schulferien im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren für den Fremdenverkehr ergeben?
XI.	12. Abgeordneter **Spitzmüller*)**	Welche Folgen werden sich durch die für das Jahr 1963 in den Bundesländern vorgesehenen Termine der Schulferien im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren für die Deutsche Bundesbahn ergeben?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XI. 13. Abgeordneter **Riegel (Göppingen)***)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung einzuleiten, um auch Versorgungsempfängern der Deutschen Bundesbahn, die früher Angehörige fremder Eisenbahnen waren, die gleichen Freifahrtsvergünstigungen zu gewähren, wie sie Bediensteten und Versorgungsempfängern der Deutschen Bundesbahn oder ihrer Rechtsvorgängerin, der Deutschen Reichsbahn, gewährt werden?

XI. 14. Abgeordneter **Dr. Kübler***)

Wie gedenkt die Bundesregierung das Verkehrs-Chaos im Raum um Mannheim zu beseitigen, das durch die Autobahnbausperren bei Viernheim und bei Kronau und die gleichzeitigen Baumaßnahmen auf den als Umleitung in Frage kommenden Bundesstraßen 3, 36, 38 und 44 entstanden ist und den Verkehrsstrom von wochentags über 15 000 Kraftfahrzeugen — darunter über 700 Fünftonner mit Anhängern, 300 Sattelschlepper und etwa 30 außergewöhnliche Fahrzeuge wie Bagger, Straßenwalzen und Panzer — zu einer Umleitung von 60 km durch engste Ortsdurchfahrten des Landkreises und durch die von 74 Straßenbaustellen eingeengte Stadt Mannheim zwingt?

XI. 15. Abgeordneter **Blumenfeld**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Verhältnisse in den Rasthäusern, Tankstellen und auf den Rastplätzen an den Bundesautobahnen von den Autobahnbenutzern in zunehmendem Maße als völlig unzureichend beanstandet werden und im Ausland zu dem Vorurteil führen können, die Bundesrepublik sei ein teueres Reiseland mit „schlechtem Service"?

XI. 16. Abgeordneter **Hammersen**

Treffen Pressemeldungen zu, denen zufolge der Herr Bundesverkehrsminister kürzlich auf einem Verkehrskongreß in Frankfurt erklärt haben soll, der Bau eines Eisenbahntunnels zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Stadt Rüdesheim komme nach seinen Vorstellungen keinesfalls in Betracht?

XI. 17. Abgeordneter **Eisenmann**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Feuerlöschdienst für die Schiffe auf dem Nord-Ostsee-Kanal, speziell im Bereich des Binnenhafens und des Ölhafens von Brunsbüttelkoog, zu verbessern?

XI. 18. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die auch in der Schweizer Zeitung „Die Tat" vom 11. August 1962 als unzulänglich kritisierte Zugverbindung zwischen Stuttgart und Zürich zu verbessern?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XI. 19. Abgeordneter **Felder** — Ist der Herr Bundesverkehrsminister bereit, auf die Direktion der Deutschen Lufthansa einzuwirken, daß die besondere Benachteiligung Bayerns im Winterflugplan beseitigt wird?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XII. 1. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen** — Ist die Anwort des Staatssekretärs im Bundespostministerium, Herrn Dr. Steinmetz, in der Fragestunde vom 22. März 1962, daß nunmehr „im Einverständnis mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland die Sondermarke 'Brot für die Welt' im November 1962 erscheinen" werde, damit zu vereinbaren, daß die bereits gedruckten Sondermarken im Mai 1962 eingestampft wurden?

XII. 2. Abgeordneter **Dr. Kohut** — Welche Konsequenzen beabsichtigt die Deutsche Bundespost nach den Erfahrungen mit der Aktion „Igel" für die Änderung bzw. Abschaffung überholter und unzeitgemäßer Dienstvorschriften zu ziehen?

XII. 3. Abgeordneter **Fritsch *)** — Ist die Bundesregierung bereit, die Entschädigung der Landzusteller der Deutschen Bundespost für Postsendungen über 12 kg (bei Schwerbeschädigten über 10 kg) von bisher 0,05 DM pro kg bzw. 0,03 DM pro kg bei Landzustellern mit Moped angemessen zu erhöhen?

XII. 4. Abgeordneter **Walter** — Treffen Pressemeldungen zu, wonach das neue Krankenhaus in Hofgeismar, das im Frühjahr 1963 in Betrieb genommen wird, erst im Jahre 1964 einen Telefonanschluß erhalten kann?

XII. 5. Abgeordneter **Dr. Rutschke** — Billigt die Bundesregierung die Fahrpreiserhöhungen für den Kraftpostverkehr auf der Strecke Stein-Pforzheim,, die nur mit den zwangsläufigen Umleitungen infolge vorübergehender Straßenbauarbeiten auf der Strecke Stein-Eisingen begründet werden?

XII. 6. Abgeordneter **Cramer** — Ist die Bundesregierung bereit, auf die Anmeldepflicht von Autoradios wegen der damit verbundenen hohen Verwaltungskosten zu verzichten?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XIII. 1. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus** — Ist die Mitteilung vom Internationalen Zahnärztekongreß in Köln richtig, daß in Deutschland dem Trinkwasser nicht Fluor, dem ein

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

		antikaröser Effekt zukomme, zugesetzt werden dürfe, weil das neue Lebensmittelgesetz die Zusätze von Fremdstoffen verbiete?
XIII.	2. Abgeordneter **Gscheidle *)**	Ist die Bundesregierung bereit, der Gefahr von Vergiftungen durch die Verwendung ungenießbar gewordener Konserven dadurch zu begegnen, daß die Hersteller verpflichtet werden, in das Blech der Dose das Datum der Konservierung und die Lagerfähigkeit des Inhaltes einzuprägen?
XIII.	3. Abgeordnete **Frau Blohm**	Ist es der Bundesregierung bekannt, daß in der letzten Zeit Pressemitteilungen über Äußerungen von Beamten aus dem Bundesgesundheitsministerium über Zweckmäßigkeit der Verwendung von Phosphaten bei der Herstellung von Brühwürsten große Unruhe in der Verbraucherschaft verursacht haben?
XIII.	4. Abgeordnete **Frau Blohm**	Trifft es zu, daß die Bundesregierung eine Änderung der Verordnung über Fleisch und Fleischerzeugnisse vom 19. Dezember 1959 zwecks Zulassung von Phosphatsalzen bei der Herstellung von Brühwürsten vorbereitet?
XIII.	5. Abgeordneter **Dr. Dittrich**	Wann kann mit einem Einbringen des Gesetzentwurfs einer Bundestierärzteordnung gerechnet werden?
XIII.	6. Abgeordneter **Bauer (Würzburg) *)**	Wie stellt sich die Bundesregierung zur Import-Erlaubnis und zum Vertrieb von lebensmittelähnlichen Scherzartikeln im Bundesgebiet, deren Genuß laut Feststellung der Duisburger Kriminalpolizei zur Kristallisierung im Magen, zu Darmzerreißungen und zum Tode geführt hat?
XIII.	7. Abgeordneter **Ritzel**	Wie viele Gemeinden in der Bundesrepublik sind heute noch ohne zentrale Wasserversorgung?
XIII.	8. Abgeordneter **Dr. Jungmann**	Beabsichtigt die Bundesregierung, nachdem bereits einmal eine Fristverlängerung erfolgt ist, nochmals die Verlängerung der Frist für die Außerkraftsetzung der Diät- und Fremdstoffverordnung vom 19. Dezember 1959 zu beantragen, oder kann damit gerechnet werden, daß die zur Zeit geltende Diät-Fremdstoff-Verordnung durch eine neue, das gesamte diätetische Lebensmittelwesen regelnde Verordnung ersetzt wird?
XIII.	9. Abgeordneter **Dr. Bechert**	Was tut die Bundesregierung, um angesichts der — nach Pressemeldungen im Koordinierungsausschuß der Länder besprochenen —

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

bedenklich hohen Milchverseuchung mit Jod 131 die seuchenfreie Milchversorgung für Kinder sicherzustellen?

XIII. 10. Abgeordneter **Dr. Bechert**

Warum ist dem vom Bundestag am 22. Mai 1962 beschlossenen Ersuchen an die Bundesregierung bisher nicht entsprochen worden, den zuständigen Bundestagsausschüssen laufend — mindestens vierteljährlich — über die Arbeit des am 21. Dezember 1961 gebildeten Koordinierungsausschusses zur Frage der Umweltradioaktivität zu berichten?

Bonn, den 4. Oktober 1962